

Zu 352 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXI. GP

Nachdruck vom 22. 2. 2001

Änderung

der Regierungsvorlage (352 der Beilagen)

Betrifft: Ergänzung der Darstellung der finanziellen Auswirkungen der Regierungsvorlage 352 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXI. GP betreffend Bundesgesetz über begleitende Regelungen zur EMAS-V II (Umweltmanagementgesetz – UMG)

Die Bundesregierung hat in ihrer Sitzung am 31. Oktober 2000 beschlossen, dem Nationalrat das Bundesgesetz über begleitende Regelungen zur EMAS-V II (Umweltmanagementgesetz – UMG) samt Erläuterungen zur verfassungsmäßigen Behandlung im Nationalrat zuzuleiten.

Die Bundesregierung hat am 30. Jänner 2001 im Hinblick auf § 25 des Geschäftsordnungsgesetzes 1975, BGBl. Nr. 410, die nachstehenden Änderungen beschlossen.

Abschätzung der Vollzugskosten/-ausgaben des Abschnittes III des Umweltmanagementgesetzes – UMG

1. Vorbemerkungen:

Die nachfolgende Abschätzung der durch den Vollzug entstehenden Ausgaben/Kosten betreffend Abschnitt III des Umweltmanagementgesetzes –UMG stellt eine Ergänzung zu dem Kapitel „Darstellung der finanziellen Auswirkungen“ in den Erläuterungen (Seiten 48 bis 172) zu der Regierungsvorlage des UMG dar.

Die Darstellung der finanziellen Auswirkungen zu Abschnitt III UMG betreffend Verwaltungsvereinfachungen für EMAS-Organisationen erfolgte – so wie bereits für die Abschnitte I und II – in Entsprechung der „Richtlinie für die Ermittlung und Darstellung der finanziellen Auswirkungen neuer rechtssetzender Maßnahmen gemäß § 14 Abs. 5 BHG“, BGBl. II/Nr. 50/1999.

Nachfolgend wurden die in Abschnitt III UMG enthaltenen Maßnahmen analysiert, die zu Folgekosten der Verwaltung (durch den Vollzug entstehenden Ausgaben /Kosten) führen könnten. Es handelt sich hierbei primär um die in den § 21 UMG (Anzeigeverfahren bei Änderungen von Anlagen) und § 22 UMG (Erlassung des konsolidierten Genehmigungsbescheides) enthaltenen Maßnahmen zur Verwaltungsvereinfachung für EMAS-Organisationen.

Bezüglich der unter den §§ 24, 25 und 27 UMG enthaltenen Maßnahmen fallen keine zusätzlichen Kosten für die Verwaltung an, da Kontroll- und Meldepflichten und somit Leistungsprozesse der Verwaltung in diesen Bereichen entfallen.

Eine Analyse der für eine Darstellung der Folgekosten relevanten Leistungsprozesse gemäß § 14 Abs. 5 BHG ergab folgende Aufstellung:

Nr.	Bezeichnung des Leistungsprozesses
	Abschnitt III UMG
20	Anlagenänderung durch Anzeigeverfahren
21	Erlassung eines konsolidierten Genehmigungsbescheides

Nr.	Bezeichnung des Leistungsprozesses
22	Absehen von Verwaltungsstrafen
23	Aufgaben im Zusammenhang mit dem Entfall von Meldepflichten

Bezüglich der genannten Leistungsprozesse (20 bis 23) wurde in einem ersten Schritt ausgehend von einer Analyse und Definition der Arbeitsschritte eine Abschätzung des Zeitbedarfes des Personals getrennt nach Verwendungsgruppen vorgenommen.

Bei der Schätzung der durch den Vollzug entstehenden Ausgaben/Kosten bezüglich der Umsetzung der in Abschnitt III UMG vorgesehenen Verwaltungsvereinfachungen für Betriebe stellte sich die Problematik hinsichtlich der Prognose der Häufigkeit des Vollzuges. Da es sich hierbei um neue rechtssetzende Maßnahmen handelt, liegen hierzu noch keinerlei Erfahrungswerte vor. Als Grundlage für die Schätzung wurde daher vom BMLFUW eine Fragebogenerhebung unter den EMAS-registrierten Organisationen zu den Maßnahmen der Verwaltungsvereinfachung durchgeführt.

Weiters wurde vom ho. Ressort gemeinsam mit dem Amt der Niederösterreichischen Landesregierung eine Studie zum Thema „Praktische Beispiele für einen konsolidierten Genehmigungsbescheid gemäß dem Entwurf des UMG“ an den Bundesweiten Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management (B.A.U.M.) in Auftrag gegeben. Aufgabe und Zielsetzung dieser Studie ist es unter anderem, ausgehend von Erfahrungswerten in repräsentativen Unternehmen und basierend auf den Ergebnissen von in acht unterschiedlichen Unternehmen im Rahmen der Studie durchgeführten Pilotversuchen, die Kosten des Vollzuges für die Erlassung konsolidierter Genehmigungsbescheide zu evaluieren und darzustellen. Die Ergebnisse aus der Studie betreffend die Vollzugsausgaben/kosten wurden mit dem zweiten Zwischenbericht vom 22. Dezember 2000 vorgelegt, mit einem Abschluss der Gesamtstudie ist mit Ende Februar 2001 zu rechnen.

2. Ergebnisse der Fragebogenerhebung unter EMAS-Betrieben und Ergebnisse der B.A.U.M.-Studie

Im zweiten Zwischenbericht der von B.A.U.M. erstellten Studie betreffend „Erstellung eines konsolidierten Genehmigungsbescheides“ wurden die Arbeitsschritte zur Erstellung eines konsolidierten Genehmigungsbescheides erarbeitet und dargestellt und eine Bewertung des Zeitbedarfes der einzelnen Arbeitsschritte vorgenommen. Bezüglich der Schätzung des Zeitbedarfes wurde eine Differenzierung nach vier Aufwandskategorien von EMAS-Organisationen auf Grund bestimmter Parameter (typische Branche, typische Mitarbeiterzahl, Alter der Betriebe, Anzahl der Bescheide) vorgeschlagen und die Zeitbedarfschätzung dann für die vier Aufwandskategorien vorgenommen.

Die für die Kostenkalkulation maßgeblichen Zeitbedarfstabellen wurden in Arbeitsgruppensitzungen („Behördenarbeitsgruppe“) mit Vertretern der Niederösterreichischen Landesregierung, Bezirksverwaltungsbehörden und Magistrat erarbeitet und akkordiert.

Ebenso wurde im Rahmen der Studie der Versuch einer Bewertung der Minderkosten bzw. des finanziellen Nutzens des konsolidierten Genehmigungsbescheides auf Seiten der Verwaltung (Behörden) vorgenommen. Dabei wurde der seitens der Behörde entstehende Nutzen eines konsolidierten Bescheides bei der Überprüfung der Betriebe als Zeiteinsparung abgeschätzt.

Da der Nutzen bei der Genehmigung neuer Anlagenteile wegen der schwer zu ermittelnden Annahmen in der Abschätzung nicht dargestellt werden konnte, handelt es sich hierbei um den mindestens zu erwartenden Nutzen (Minderkosten). Die Ergebnisse der Studie stellen Grundlage bzw. Bestandteil der Kostenkalkulation dar (siehe diesbezüglich Erläuterungen unter Punkt 3).

Vom ho. Ressort wurde eine Fragebogenerhebung unter 330 EMAS registrierten Standorten betreffend die geplante Inanspruchnahme der Bestimmungen des Abschnitts III Verwaltungsvereinfachungen des UMG durchgeführt. Die Auswertung ergab bei einer Rücklaufquote von 25% (Stichtag der Auswertung war der 10. Jänner 2001) folgende Ergebnisse:

50% der Betriebe gaben grundsätzlich an, dass sie die Wahrscheinlichkeit in den nächsten drei Jahren (2001 bis 2003) von einem Anzeigeverfahren bei Änderungen von Anlagen gemäß § 21 UMG Gebrauch zu machen, als hoch einschätzen. 32% hielten dies für das Jahr 2001 als eher wahrscheinlich, 37% für das Jahr 2002 und 28% für das Jahr 2003. Ebenso besteht Interesse hinsichtlich der Erlassung konsolidierter Genehmigungsbescheide gemäß § 22 UMG. Rund 60% der Betriebe gaben an, dass sie die Beantragung eines konsolidierten Genehmigungsbescheides binnen des heurigen und der nächsten zwei Jahre als eher wahrscheinlich erachten würden. Die Verteilung auf das heurige Jahr und die nächsten zwei Jahre gemäß

Zu 352 der Beilagen

3

der Umfrage erfolgte mit rund 17% für 2001, einem Anstieg auf etwa 23% im Jahr 2002 und einem leichten Rückgang auf 20% im Jahr 2003. Mittelfristig (ab 2004 und Folgejahren) ist mit einem rückläufigen Trend der Häufigkeit des Vollzuges zu rechnen, da für diese Maßnahme ab dann vorwiegend nur mehr die neu registrierten EMAS-Organisationen in Frage kommen werden.

Betreffend das Absehen von Verwaltungsstrafen gemäß § 23 UMG orteten nur 23% der Betriebe eine Relevanz. 48% gaben an, dass sie die Wahrscheinlichkeit für ein Ansuchen auf eine Befreiung von Meldepflichten als eher hoch erachteten, (jeweils 20% erachteten dies für das Jahr 2001 und 2002 als am ehesten wahrscheinlich).

3. Erläuterungen zu der Darstellung der finanziellen Auswirkungen und Prognose der Kosten und Ausgaben

3.1 Mengengerüst

Grundlage bildet die Analyse der Leistungsprozesse, die im Anhang Tabelle 1 („Überblick über die Leistungsprozesse“) dargestellt sind. Die dem jeweiligen Leistungsprozess zugehörigen Arbeitsschritte sind im Anhang der Tabelle 2 („Arbeitsschritte“) zu entnehmen. Ausgehend davon erfolgte die Bewertung der Arbeitsschritte nach Zeit- und Personaleinsatz, aufgeschlüsselt nach den verantwortlichen Organisationseinheiten (siehe Tabellen „Zeitbedarf“). Bezüglich der Leistungsprozesse 20, 22, und 23 wurden hierbei Erfahrungs- und Schätzwerte des ho. Ressorts herangezogen. Bezüglich Leistungsprozess 21 (Erlassung eines konsolidierten Genehmigungsbescheides) wurden die im Rahmen der oben genannten Studie ermittelten Zeitbedarfstabellen je Aufwandskategorie entsprechend der Verteilung registrierter EMAS-Organisationen auf die vier Aufwandskategorien gewichtet. Die Zuordnung der registrierten EMAS-Organisationen auf die vier Aufwandskategorien erfolgte an Hand des Parameters „Mitarbeiterzahl“. EMAS-Organisationen mit bis zu 50 Mitarbeitern wurden der Aufwandskategorie „geringer Aufwand“ zugeordnet, der durchschnittliche Zeitbedarf ist der Tabelle 4, Zeitbedarf LP 21 A zu entnehmen. EMAS-Organisationen mit einer Mitarbeiterzahl zwischen 50 und 100 wurden der Aufwandskategorie „mäßiger Aufwand“ zugeordnet, der durchschnittliche Zeitbedarf ist der Tabelle 5, Zeitbedarf LP 21 B zu entnehmen. EMAS-Organisationen mit einer Mitarbeiteranzahl zwischen 100 und 500 fallen in die Aufwandskategorie „hoher Aufwand“, der Zeitbedarf ist in der Tabelle 6, Zeitbedarf LP 21 C enthalten. EMAS-Organisationen mit einer Mitarbeiteranzahl über 500 fallen in die Aufwandskategorie „sehr hoher Aufwand“, der diesbezügliche Zeitbedarf ist in der Tabelle 7, LP 21 D enthalten.

Der über die Aufwandskategorien gewichtete Zeitbedarf ist der Tabelle 8 zu entnehmen. Dieser bildete dann die Basis für die weiteren Kalkulationen betreffend Leistungsprozess 21.

3.2 Prognose und Kalkulation von Ausgaben und Kosten

Die Häufigkeit des Vollzuges stellt, wie bereits unter Punkt 1 und 2 angesprochen, die am schwersten zu prognostizierendste bzw. die mit den größten Ungenauigkeiten behaftete Größe dar.

Als Basis der Kalkulation wurden die im Zuge der Fragebogenerhebung ermittelten Größen herangezogen. Die in der Befragung ermittelten Prozentsätze der wahrscheinlichen Inanspruchnahme der jeweiligen Leistungsprozesse verteilt auf die Jahre 2001, 2002 und 2003 wurden auf die zu erwartende Anzahl EMAS-registrierter Organisationen (per Jahresanfang) bezogen und daraus die Häufigkeit des Vollzuges (der Verfahren) ermittelt. Bei der Anzahl der Verfahren wurde auf Grund der einer derartigen Prognose immanenten Schätzvarianten auf ganze Zehnerstellen gerundet.

Die Anzahl der Verfahren kann der Tabelle 11 im Anhang entnommen werden.

Bezüglich der Ausgaben- und Kostenkalkulation wurden die in der „Richtlinie für die Ermittlung und Darstellung der finanziellen Auswirkungen neuer rechtssetzender Maßnahmen gemäß § 14 Abs. 5 BHG“, BGBl. II/Nr. 50/1999 angegebenen Richtwerte herangezogen.

Prognostiziert wurden die Personalausgaben und -kosten für die Jahre 2001 bis 2003 (siehe Anhang Tabellen 12 bis 14). Weiters erfolgte eine Aufgliederung der Ausgaben und Kosten nach Kostenträgern bzw. Organisationseinheiten (Bezirksverwaltungsbehörde, LH, Ministerium).

Betreffend Leistungsprozess 21 wurden die Kosten der Organisationseinheit „Bezirksverwaltungsbehörde“ zugeordnet. Sollte der Leistungsprozess vom Amt der Landesregierung erbracht werden kann es zu Verschiebungen unter den Kostenträgern „BH“ bzw. „LH“ kommen, die Gesamtkosten bleiben davon jedenfalls unberührt.

Die Kosten für den Raumbedarf (Kalkulatorische Mieten) sind der Tabelle 15 zu entnehmen. Die Gesamtdarstellung der Bruttoausgaben/kosten erfolgte in der Tabelle 16.

4

Zu 352 der Beilagen

Laufende Sachausgaben/kosten und allgemeine Ausgaben/Kosten (Verwaltungsgemeinkosten) wurden pauschal berücksichtigt (Faktor 0,32 bezogen auf die Personalkosten).

4. Zusammenfassung der Kosten

Die Gesamtkosten betreffend Abschnitt III UMG wurden auf Basis der Ergebnisse der B.A.U.M.-Studie betreffend den konsolidierten Genehmigungsbescheid und ausgehend von den Ergebnissen einer von ho. durchgeführten Befragung unter registrierten EMAS-Organisationen gemäß der in den Punkten 1 bis 3 dargestellten Vorgangsweise wie folgt prognostiziert:

Die geschätzten Folgekosten (brutto) für das Jahr 2001 betragen rund 10,8 Millionen Schilling, für das Jahr 2002 16,2 Millionen Schilling und für das Jahr 2003 15,4 Millionen Schilling. Eine Analyse nach Leistungsprozessen zeigt, dass rund 80% der Personalausgaben auf den Leistungsprozess 21, Erlassung eines konsolidierten Genehmigungsbescheid entfallen, dieser kann daher als primäre Größe bei der Kalkulation der Kosten betrachtet werden.

Zur Ermittlung der Nettoausgaben bzw. der eigentlichen „budgetären Auswirkungen“ sind die zu erwartenden Einnahmen und Ausgabeneinsparungen (= Minderkosten durch künftige Einsparungen) von den Folgekosten in Abzug zu bringen.

Da Einnahmenregelungen nicht Gegenstand des UMG sind und auch sonst keine Richtwerte für zu erwartende Einnahmen aus Gebühren vorliegen, kann diese Größe rechnerisch nicht berücksichtigt werden. Es ist jedenfalls davon auszugehen dass die Folgekosten durch Einnahmen vermindert werden.

Ebenfalls in der Kostenschätzung gemäß § 14 Abs. 5 BHG zu evaluieren und zu berücksichtigen sind die Ausgabeneinsparungen/Minderkosten durch wegfallende Kosten/Ausgaben. Eine Analyse der Leistungsprozesse 20, 22 und 23 zeigt, dass diesbezüglich die Minderkosten die Folgekosten zumindest kompensieren sollten, da diese Leistungsprozesse einen Ersatz für äquivalente oder kostenmäßig aufwendigere Leistungsprozesse darstellen.

Im Falle des Leistungsprozesses 20 (Anzeigeverfahren bei Änderung von Anlagen gemäß § 21 UMG) werden im Vergleich zum sonst erforderlichen Genehmigungsverfahren wesentliche Arbeitsschritte und somit Kosten externalisiert, da Stand der Technik Prüfung und die Prüfung von Umweltinteressen vom Umweltgutachter durchgeführt werden.

Leistungsprozess 22 (Absehen von Verwaltungsstrafen gemäß § 23 UMG) führt per Saldo zu keinen Nettoausgaben/kosten, da ein Absehen von Verwaltungsstrafen jedenfalls wesentlich geringeren Aufwand als die Abwicklung von Verwaltungsstrafverfahren nach sich zieht.

Der behördliche Aufwand zu Leistungsprozess 23 (Entfall von Meldepflichten gemäß § 26 UMG) dürfte sich von vornherein in Grenzen halten, wobei wie auch bei den anderen Maßnahmen zur Verwaltungsvereinfachung Minderkosten kompensatorisch wirksam werden.

Bei Leistungsprozess 21 (Erlassung des konsolidierten Genehmigungsbescheides gemäß § 22 UMG) wird der entlastende Effekt der „Minderkosten“ über die Jahre verteilt wirksam, da durch die Erlassung eines konsolidierten Genehmigungsbescheides Vorleistungen auf die Zukunft (Rechtsklarheit bezüglich Status quo, Übersichtlichkeit und folglich geringerer behördlicher Aufwand bei nachfolgenden Überprüfungen, Folgebescheiden usw.) erbracht werden. Die mindestens zu erwartenden Minderkosten (Minderkosten bei wiederkehrenden Überprüfungen) wurden im Rahmen der Studie abgeschätzt.

Insgesamt ist daher davon auszugehen, dass die Nettokosten unterhalb der oben dargestellten Gesamtkosten liegen werden, eine nähere Quantifizierung ist auf Grund der Datenunsicherheit betreffend die zu erwartenden Einnahmen und Minderkosten betreffend Leistungsprozess 21 derzeit nicht möglich. Die oben dargestellten Gesamtkosten (brutto) können daher jedenfalls als Obergrenze der Kosten des Vollzuges betrachtet werden. Da mittelfristig (ab 1994 und Folgejahre) mit einem Rückgang der Häufigkeiten des Vollzuges betreffend Leistungsprozess 21 zu rechnen ist, kann insgesamt auch von einer rückläufigen Entwicklung der Folgekosten und Nettokosten ausgegangen werden.

Zu 352 der Beilagen

7

Überblick der Leistungsprozesse (LP)
Finanzielle Auswirkungen des UMG Abschnitt III
Tabelle 1

Nr.	Bezeichnung des Leistungsprozesses
	Abschnitt III UMG
20	Anlagenänderung durch Anzeigeverfahren
21	Erlassung eines konsolidierten Genehmigungsbescheides
22	Absehen von Verwaltungsstrafen
23	Aufgaben im Zusammenhang mit dem Entfall von Meldepflichten

Überblick Arbeitsschritte
Finanzielle Auswirkungen, Abschnitt III
Tabelle 2

Nr. d. LP	Nr. d. Arbeitsschr.	ARBEITSSCHRITTE
20		Anlagenänderung durch Anzeigeverfahren
20	1	Protokollierung der Anzeige zur Anlagenänderung
20	2	Prüfung der Zuständigkeit
20	3	Formale Prüfung des Antrages
20	4	Übermittlung an Arbeitsinspektorat zur Stellungnahme
20	5	Bestellung anderer Sachverständiger (Sicherheitstechnik und andere öffentliche Interessen)
20	6	Allfälliger Verbesserungsauftrag gemäß § 13 Abs. 3 AVG
20	7	Zurückweisung bei Nichterfüllung des Verbesserungsauftrags

Zu 352 der Beilagen

7

		ARBEITSSCHRITTE
20	Nr. d. Arbeitsschr. 8	Kundmachung durch Behörde
20	9	Zurückweisung auf Grund von Einwendungen
20	10	Prüfung der Einhaltung öffentlicher Interessen, sicherheitstechnischer und arbeitnehmerschutzrechtlicher Belange
20	11	Verrechnung und Inkasso der Barauslagen für die Organisation
20	12	Erstellung Bescheidentwurf (unter Formulierung von Auflagen)
20	13	Erlassung des abweisenden oder genehmigenden Bescheides
20	14	Übermittlung des Bescheides an die für die Anlagenänderung nach bure. Vorschreibung zuständigen Behörden.
21		Erlassung des konsolidierten Genehmigungsbescheides
21	1	Information und Beratung
21	2	Prüfung und Protokollierung des Antrages (formal)
21	3	Antrags- und Dokumentenprüfung (inhaltlich)
21	4	Nachforderung von Antragsunterlagen
21	5	Aushebung von Akten im eigenen Amt
21	6	Anforderung von Akten bei anderen Behörden
21	7	Aushebung von Akten bei anderen Behörden
21	8	Nominierung und Bestellung Sachverständiger für die Überprüfung vor Ort
21	9	Organisation der Überprüfung
21	10	Überprüfung der Angaben inklusive Klärung von Widersprüchen vor Ort
21	11	Erstellung Bescheidentwurf

		Zu 352 der Beilagen ARBEITSSCHRITTE	
Nr. d. LP	Nr. d. Arbeitsschr.		
21	12	Ausfertigung Bescheidentwurf	
21	13	Verlaubarung Bescheidentwurf zur Stellungnahme der Parteien nach § 22 Abs. 6	
21	14	Akteneinsicht	
21	15	Übermittlung Bescheid an Arbeitsinspektorat	
21	16	Stellungnahme Arbeitsinspektorat	
21	17	Fertigstellung Bescheid	
21	18	Ausfertigung Bescheid	
21	19	Verklausalierung und Vergebührung des Bescheides	
21	20	Übermittlung des Bescheides an die Beteiligten (§ 22 (Abs. 7))	
21	21	Prüfung des Antrages auf Fristverlängerung (§ 22 Abs. 8)	
21	22	Erstellung und Ausfertigung der Antwort	
22		Absehen von Verwaltungsstrafen	
22	1	Entgegennahme der Selbstanzeige	
22	2	Prüfung der Voraussetzungen nach § 23 UMG	
22	3	Allfällige Einleitung eines Verwaltungsstrafverfahrens	
22	4	Prüfung ob innerhalb der Frist Eintragung erfolgt ist	
22	5	Allfällige Einleitung eines Verwaltungsstrafverfahrens	
23		Aufgaben im Zusammenhang mit dem Entfall von Meldepflichten	
23	1	Entgegennahme des Antrages	
23	2	Prüfung des Antrages	
23	3	Schriftliche Kenntnisnahme der vorgeschlagenen Meldungen	

Nr. d. LP	Nr. d. Arbeitsschr.	ARBEITSSCHRITTE
23	4	Allfällige Erlassung eines Feststellungsbescheides

Zu 352 der Beilagen

7

Finanzielle Auswirkungen, Abschnitt III
Zeitbedarf LP 20
Tabelle 3

Nr. LP	Nr. AS	Arbeitsschritt (AS)	OE	Zeitbedarf (min)	VGr.	Wahrscheinl.	Erwartungswert in min je Verwendungsgruppe						
							A1	A2	A3	A4			
		Zulassung von Umweltgutachtern											
		Anlagenänderung durch Anzeigeverfahren											
20	1	Protokollierung der Anzeige zur Anlagenänderung	BH	15	2	1		15					
20	2	Prüfung der Zuständigkeit	BH	60	1	1	60						
20	3	Formale Prüfung des Antrages	BH	120	1	1	120						
20	4	Übermittlung an Arbeitsinspektoren zur Stellungnahme	BH	60	1,2	1	30	30					
20	5	Bestellung anderer Sachverständiger (Sicherheitstechnik und anderer öffentlichen Interessen)	BH	240	1	1	240						
20	6	Allfälliger Verbesserungsauftrag gemäß § 13 Abs. 3 AVG	BH	60	1	0,4	24						
20	7	Zurückweisung wegen Formmängeln	BH	180	1	0,1	18						
20	8	Kundmachung durch Behörde	BH	160	1,2	0,9	108	36					

Zu 352 der Beilagen

9

Zeitbedarf LP 21
Tabelle 4

Nr. LP	Nr. AS	Arbeitsschritt (AS)	OE	Zeitbedarf (min)	VGr.	Wahrscheinl.	Erwartungswert in min je Verwendungsgruppe			
							A1	A2	A3	A4
21 A		Erlassung eines konsolidierten Genehmigungsbescheides								
21 A	1	Information und Beratung	BH bzw. LH	300	1,2	1	240	60		
21 A	2	Prüfung und Protokollierung des Antrages (formal)	BH bzw. LH	15	1,4	1	12			3
21 A	3	Antrags- und Dokumentenprüfung (inhaltlich)	BH bzw. LH	160	1	1	160			
21 A	4	Nachforderung von Antragsunterlagen	BH bzw. LH	30	3	0,8			24	
21 A	5	Aushebung von Akten im eigenen Amt	BH bzw. LH	30	4	1				30
21 A	6	Anforderung von Akten bei anderen Behörden	BH bzw. LH	30	3	1			30	
21 A	7	Aushebung von Akten bei anderen Behörden	BH bzw. LH	30	4	1				30
21 A	8	Nominierung und Bestellung Sachverständiger für die Überprüfung vor Ort	BH bzw. LH	60	1	1	60			
21 A	9	Organisation der Überprüfung	BH bzw. LH	30	1	1	30			
21 A	10	Überprüfung der Angaben inklusive Klärung von Widersprüchen vor Ort	BH bzw. LH	1 200	1,3	1	960		240	
21 A	11	Erstellung Bescheidentwurf	BH bzw. LH	60	1	1	60			
21 A	12	Ausfertigung Bescheidentwurf	BH bzw. LH	60	3	1			60	
21 A	13	Verlaubarung Bescheidentwurf zur Stellungnahme der Parteien nach § 22 Abs. 6	BH bzw. LH	60	1,3	1	30			
21 A	14	Akteneinsicht	BH bzw. LH	30	3	0,25				7,5
21 A	15	Übermittlung Bescheid an Arbeitsinspektorat	BH bzw. LH	15	3	0,25				3,75
21 A	16	Stellungnahme Arbeitsinspektorate	BH bzw. LH	60	1	0,25	15			

12 Nr. LP	Nr. AS	Zu 352 der Beilagen Arbeitsschritt (AS)	OE	Zeitbedarf (min)	VGr.	Wahr- scheinl.	Erwartungswert in min je Verwendungsgruppe			
21 A	17	Fertigstellung Bescheid	BH bzw. LH	60	1	1	60			
21 A	18	Ausfertigung Bescheid	BH bzw. LH	60	3	1		60		
21 A	19	Verklausulierung und Vergebühnung des Bescheides	BH bzw. LH	60	3	1		60		
21 A	20	Übermittlung des Bescheides an die Beteiligten (§ 22 Abs. 7)	BH bzw. LH	60	4	1			60	
21 A	21	Prüfung des Antrages auf Fristverlängerung (§ 22 Abs. 8)	BH bzw. LH	30	1	0,05	1,5			
21 A	22	Erstellung und Ausfertigung der Antwort	BH bzw. LH	30	3	0,05		1,5		
		Summe					1 629	60	517	123

Zu 352 der Beilagen

11

Zeitbedarf LP 21
Tabelle 5

Nr. LP	Nr. AS	Arbeitsschritt (AS)	OE	Zeitbedarf (min)	VGr.	Wahrscheinl.	Erwartungswert in min je Verwendungsgruppe						
							A1	A2	A3	A4			
21 B		Erlassung eines konsolidierten Genehmigungsbescheides											
21 B	1	Information und Beratung	BH bzw. LH	540	1,2	1	432	108					
21 B	2	Prüfung und Protokollierung des Antrages (formal)	BH bzw. LH	27	1,4	1	21,6					5,4	
21 B	3	Antrags- und Dokumentenprüfung (inhaltlich)	BH bzw. LH	288	1	1	288						
21 B	4	Nachforderung von Antragsunterlagen	BH bzw. LH	54	3	0,8				43,2			
21 B	5	Aushebung von Akten im eigenen Amt	BH bzw. LH	54	4	1						54	
21 B	6	Anforderung von Akten bei anderen Behörden	BH bzw. LH	54	3	1					54		
21 B	7	Aushebung von Akten bei anderen Behörden	BH bzw. LH	54	4	1						54	
21 B	8	Nominierung und Bestellung Sachverständiger für die Überprüfung vor Ort	BH bzw. LH	108	1	1	108						
21 B	9	Organisation der Überprüfung	BH bzw. LH	54	1	1	54						
21 B	10	Überprüfung der Angaben inklusive Klärung von Widersprüchen vor Ort	BH bzw. LH	2 880	1,3	1	2400			480			
21 B	11	Erstellung Bescheidentwurf	BH bzw. LH	108	1	1	108						
21 B	12	Ausfertigung Bescheidentwurf	BH bzw. LH	108	3	1					108		
21 B	13	Verlautbarung Bescheidentwurf zur Stellungnahme der Parteien nach § 22 Abs. 6	BH bzw. LH	108	1,3	1	54					54	
21 B	14	Akteneinsicht	BH bzw. LH	54	3	0,25						13,5	
21 B	15	Übermittlung Bescheid an Arbeitsinspektorat	BH bzw. LH	27	3	0,25						6,75	

14 Nr. LP	Nr. AS	Zu 352 der Beilagen Arbeitsschritt (AS)	OE	Zeitbedarf (min)	VGr.	Wahr- scheinl.	Erwartungswert in min je Verwendungsgruppe			
21 B	16	Stellungnahme Arbeitsinspektorat	BH bzw. LH	108	1	0,25	27			
21 B	17	Fertigstellung Bescheid	BH bzw. LH	108	1	1	108			
21 B	18	Ausfertigung Bescheid	BH bzw. LH	108	3	1		108		
21 B	19	Verklausulierung und Vergebührung des Bescheides	BH bzw. LH	108	3	1		108		
21 B	20	Übermittlung des Bescheides an die Beteiligten (§ 22 Abs. 7)	BH bzw. LH	108	4	1			108	
21 B	21	Prüfung des Antrages auf Fristverlängerung (§ 22 Abs. 8)	BH bzw. LH	54	1	0,05	2,7			
21 B	22	Erstellung und Ausfertigung der Antwort	BH bzw. LH	54	3	0,05			2,7	
		Summe					3 603	108	978	221

Zu 352 der Beilagen

13

Zeitbedarf LP 21
Tabelle 6

Nr. LP	Nr. AS	Arbeitsschritt (AS)	OE	Zeitbedarf (min)	VGr.	Wahrscheinl.	Erwartungswert in min je Verwendungsgruppe						
							A1	A2	A3	A4			
21 C		Erlassung eines konsolidierten Genehmigungsbescheides											
21 C	1	Information und Beratung	BH bzw. LH	750	1,2	1	600	150					
21 C	2	Prüfung und Protokollierung des Antrages (formal)	BH bzw. LH	37,5	1,4	1	30						7,5
21 C	3	Antrags- und Dokumentenprüfung (inhaltlich)	BH bzw. LH	400	1	1	400						
21 C	4	Nachforderung von Antragsunterlagen	BH bzw. LH	75	3	0,8				60			
21 C	5	Aushebung von Akten im eigenen Amt	BH bzw. LH	75	4	1							75
21 C	6	Anforderung von Akten bei anderen Behörden	BH bzw. LH	75	3	1						75	
21 C	7	Aushebung von Akten bei anderen Behörden	BH bzw. LH	75	4	1							75
21 C	8	Nominierung und Bestellung Sachverständiger für die Überprüfung vor Ort	BH bzw. LH	150	1	1	150						
21 C	9	Organisation der Überprüfung	BH bzw. LH	75	1	1	75						
21 C	10	Überprüfung der Angaben inklusive Klärung von Widersprüchen vor Ort	BH bzw. LH	11 520	1,3	1	10 080				1 440		
21 C	11	Erstellung Bescheidentwurf	BH bzw. LH	150	1	1	150						
21 C	12	Ausfertigung Bescheidentwurf	BH bzw. LH	150	3	1					150		
21 C	13	Verlautbarung Bescheidentwurf zur Stellungnahme der Parteien nach § 22 Abs. 6	BH bzw. LH	150	1,3	1	75						75
21 C	14	Akteneinsicht	BH bzw. LH	75	3	0,25							18,75
21 C	15	Übermittlung Bescheid an Arbeitsinspektorat	BH bzw. LH	37,5	3	0,25							9,375

16 Nr. LP	Nr. AS	Zu 352 der Beilagen Arbeitsschritt (AS)	OE	Zeitbedarf (min)	VGr.	Wahr- scheinl.	Erwartungswert in min. je Verwendungsgruppe			
21 C	16	Stellungnahme Arbeitsinspektorat	BH bzw. LH	150	1	0,25	37,5			
21 C	17	Fertigstellung Bescheid	BH bzw. LH	150	1	1	150			
21 C	18	Ausfertigung Bescheid	BH bzw. LH	150	3	1		150		
21 C	19	Verklausulierung und Vergebührung des Bescheides	BH bzw. LH	150	3	1		150		
21 C	20	Übermittlung des Bescheides an die Beteiligten (§ 22 Abs. 7)	BH bzw. LH	150	4	1			150	
21 C	21	Prüfung des Antrages auf Fristverlängerung (§ 22 Abs. 8)	BH bzw. LH	75	1	0,05	3,75			
21 C	22	Erstellung und Ausfertigung der Antwort	BH bzw. LH	75	3	0,05			3,75	
		Summe					11 751	150	2 132	308

Zu 352 der Beilagen

15

Zeitbedarf LP 21
Tabelle 7

Nr. LP	Nr. AS	Arbeitsschritt (AS)	OE	Zeitbedarf (min)	VGr.	Wahrscheinl.	Erwartungswert in min je Verwendungsgruppe							
							A1	A2	A3	A4				
21 D		Erlassung eines konsolidierten Genehmigungsbescheides												
21 D	1	Information und Beratung	BH bzw. LH	1 500	1,2	1	1 200	300						
21 D	2	Prüfung und Protokollierung des Antrages (formal)	BH bzw. LH	75	1,4	1	60							15
21 D	3	Antrags- und Dokumentenprüfung (inhaltlich)	BH bzw. LH	800	1	1	800							
21 D	4	Nachforderung von Antragsunterlagen	BH bzw. LH	150	3	0,8				120				
21 D	5	Aushebung von Akten im eigenen Amt	BH bzw. LH	150	4	1								150
21 D	6	Anforderung von Akten bei anderen Behörden	BH bzw. LH	150	3	1						150		
21 D	7	Aushebung von Akten bei anderen Behörden	BH bzw. LH	150	4	1								150
21 D	8	Nominierung und Bestellung Sachverständiger für die Überprüfung vor Ort	BH bzw. LH	300	1	1	300							
21 D	9	Organisation der Überprüfung	BH bzw. LH	150	1	1	150							
21 D	10	Überprüfung der Angaben inklusive Klärung von Widersprüchen vor Ort	BH bzw. LH	48 000	1,3	1	43 200					4 800		
21 D	11	Erstellung Bescheidentwurf	BH bzw. LH	300	1	1	300							
21 D	12	Ausfertigung Bescheidentwurf	BH bzw. LH	300	3	1						300		
21 D	13	Verlautbarung Bescheidentwurf zur Stellungnahme der Parteien nach § 22 Abs. 6	BH bzw. LH	300	1,3	1	150						150	
21 D	14	Akteneinsicht	BH bzw. LH	150	3	0,25							37,5	
21 D	15	Übermittlung Bescheid an Arbeitsinspektorat	BH bzw. LH	75	3	0,25							18,75	

Nr. LP	Nr. AS	Zu 352 der Beilagen Arbeitsschritt (AS)	OE	Zeitbedarf (min)	VGr.	Wahrscheinl.	Erwartungswert in min je Verwendungsgruppe	
21 D	16	Stellungnahme Arbeitsinspektorat	BH bzw. LH	300	1	0,25	75	
21 D	17	Fertigstellung Bescheid	BH bzw. LH	300	1	1	300	
21 D	18	Ausfertigung Bescheid	BH bzw. LH	300	3	1		300
21 D	19	Verklausulierung und Vergebührung des Bescheides	BH bzw. LH	300	3	1		300
21 D	20	Übermittlung des Bescheides an die Beteiligten (§ 22 Abs. 7)	BH bzw. LH	300	4	1		300
21 D	21	Prüfung des Antrages auf Fristverlängerung (§ 22 Abs. 8)	BH bzw. LH	150	1	0,05	7,5	
21 D	22	Erstellung und Ausfertigung der Antwort	BH bzw. LH	150	3	0,05		7,5
		Summe					46 543	300
								6 184
								615

**Zeitbedarf LP 21
Tabelle 8**

Nr. LP	Erlassung eines konsolidierten Genehmigungsbescheides	Faktor	Gewichteter Personalbedarf A1	Gewichteter Personalbedarf A2	Gewichteter Personalbedarf A3	Gewichteter Personalbedarf A4
21 21 A		0,4951	806	30	256	61
21 21 B		0,1294	466	14	127	29
21 21 C		0,2621	3 080	39	559	81
21 21 D		0,1133	5 273	34	701	70
	Summen	1,000	9 626	117	1 642	240

Zu 352 der Beilagen

17

Zeitbedarf LP 22
Tabelle 9

Nr. LP	Nr. AS	Arbeitsschritt (AS)	OE	Zeitbedarf (min)	VGr.	Wahrscheinl.	Erwartungswert in min je Verwendungsgruppe		
							A1	A2	A3
22		Absehen von Verwaltungsstrafen							
22	1	Entgegennahme der Selbstanzeige	BH	60	2	1		60	
22	2	Prüfung der Voraussetzungen nach § 23 UMG	BH	240	1	1	240		
22	3	Allfällige Einleitung eines Verwaltungsstrafverfahrens	BH	60	1	0,05	3		
22	4	Prüfung ob innerhalb der Frist Eintragung erfolgt ist	BH	60	2	0,95		57	
22	5	Allfällige Einleitung eines Verwaltungsstrafverfahrens	BH	60	1	0,05	3		
		Summe					246	117	

20 Zu 352 der Beilagen **Zeitbedarf LP 23**
Tabelle 10

Nr. LP	Nr. AS	Arbeitsschritt (AS)	OE	Zeitbedarf (min)	VGr.	Wahrscheinl.	Erwartungswert in min je Verwendungsgruppe		
							A1	A2	A3
23		Aufgaben im Zusammenhang mit dem Entfall von Meldepflichten							
23	1a	Entgegennahme des Antrages	BH	60	2	0,7		42	
	1b	Entgegennahme des Antrages	LH	60	2	0,2		12	
	1c	Entgegennahme des Antrages	Ministerium	60	2	0,1		6	
23	2a	Prüfung des Antrages	BH	180	1	0,7		126	
	2b	Prüfung des Antrages	LH	180	1	0,2		36	
	2c	Prüfung des Antrages	Ministerium	180	1	0,1		18	
23	3a	Schriftliche Kenntnisnahme der vorgeschlagenen Meldungen	BH	120	1	0,56		96	
	3b	Schriftliche Kenntnisnahme der vorgeschlagenen Meldungen	LH	120	1	0,16		19,2	
	3c	Schriftliche Kenntnisnahme der vorgeschlagenen Meldungen	Ministerium	120	1	0,08		9,6	
23		Allfällige Erlassung eines Feststellungsbescheides	BH	240	1,2	0,2		36	12
		Summe						340,8	72
			BH					258	54
			LH					55,2	12
			Ministerium					27,6	6
			Summe					340,8	72

20

Zu 352 der Beilagen

Anzahl der Stellen und Verfahren
Tabelle 11

Nr. LP	Bezeichnung LP	2001	2002	2003
20	Anlagenänderung durch Anzeigeverfahren	100	150	130
21	Erlassung eines konsolidierten Genehmigungsbescheides	60	90	90
22	Absehen von Verwaltungsstrafen	50	40	30
23	Aufgaben im Zusammenhang mit dem Entfall von Meldepflichten	60	90	30
	Anzahl EMAS Organisationen	330	410	460
	% Anteil der EMAS Organisationen 1 bis 50 Ma	49,51		
	% Anteil der EMAS Organisationen 51 bis 100 Ma	12,94		
	% Anteil der EMAS Organisationen 101 bis 500 Ma	26,21		
	% Anteil der EMAS Organisationen > 500	11,33		

Zu 352 der Beilagen

Personalausgaben 2001

Tabelle 12

Nr. LP	Leistungsprozess	Häufigkeit	Zeitbedarf/ LP		Zeitbedarf		Zeitbedarf/ LP		Zeitbedarf		Ausgaben		Ausgaben		Ausgaben		
			min	A1	min	A1	min	A3	min	A4	min	A1	ATS	A2	ATS	A3	ATS
	Gesamt																
	2001		A1		A2		A2	A3		A3		A4		A4			
20	Anlagenänderung	100	1 531	153 100	351	35 100	0	0	0	0	1 132 940	157 950	0	0	0	0	0
21	Konsolidierter Genehmigungsbescheid	60	9 626	577 560	117	7 020	1 642	98 520	14 400	4 273 944	31 590	325 116	37 440				
22	Absehen Verwaltungsstrafe	50	246	12 300	117	5 850	0	0	0	91 020	26 325	0	0				
23	Entfall Meldepflicht	60	340,8	20 448	72	4 320	0	0	0	151 315	19 440	0	0				
	Summe			763 408		52 290		98 520	14 400	5 649 219	235 305	325 116	37 440				

Zu 352 der Beilagen

21

BH 2001
Tabelle 12-1

Nr. LP	Leistungsprozess	Häufigkeit	Zeitbedarf/ LP		Zeitbedarf		Zeitbedarf/ LP		Zeitbedarf		Zeitbedarf/ LP		Zeitbedarf		Ausgaben		Ausgaben		Ausgaben			
			min	A1	min	A1	min	A2	min	A3	min	A3	min	A4	min	A1	min	A2	min	A2	min	A3
20	Anlagenänderung	100	1 002	100 200	351	35 100	0	0	0	0	0	0	0	0	741 480	157 950	0	0	0	0	0	0
21	Konsolidierter Genehmigungsbescheid	60	9 626	577 560	117	7 020	1 642	98 520	14 400	4 273 944	31 590	325 116	37 440	0	0	0	0	0	0	0	0	0
22	Absehen Verwaltungsstrafe	50	246	12 300	117	5 850	0	0	0	0	0	0	0	91 020	26 325	0	0	0	0	0	0	0
23	Entfall Meldepflicht	60	258	15 480	54	3 240	0	0	0	0	0	0	0	114 552	14 580	0	0	0	0	0	0	0
	Summe			705 540		51 210		98 520	14 400	5 220 996	230 445	325 116	37 440	5 220 996	230 445	325 116	37 440					

Zu 352 der Beilagen **LH 2001**
Tabelle 12-2

Nr. LP	Leistungsprozess	Häufigkeit	Zeitbedarf/ LP		Zeitbedarf		Zeitbedarf/ LP		Zeitbedarf		Ausgaben		Ausgaben		Ausgaben	
			min	A1	min	A1	min	A3	min	A4	ATS	A2	ATS	A3	ATS	A4
20	Anlagenänderung	100	529	52 900	0	0	0	0	0	0	391 460	0	0			
21	Konsolidierter Genehmigungsbescheid	60	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0			
22	Absehen Verwaltungsstrafe	50	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0			
23	Entfall Meldepflicht	60	55,2	3 312	12	720	0	0	0	24 509	3 240	0	0			
	Summe			56 212		720	0	0	0	415 969	3 240	0	0			0

Zu 352 der Beilagen

23

Minister 2001
Tabelle 12-3

Nr. LP	Leistungsprozess	Häufigkeit	Zeitbedarf/ LP		Zeitbedarf		Zeitbedarf/ LP		Zeitbedarf		Zeitbedarf/ LP		Zeitbedarf		Zeitbedarf/ LP		Zeitbedarf									
			min	A1	min	A1	min	A2	min	A3	min	A3	min	A4	min	A1	min	A2	min	A3						
	Minister		A1	A1	min	A2	min	A3	min	A4	min	A1	min	A2	min	A3	min	A4	min	A1	min	A2	min	A3	min	A4
20	Anlagenänderung	100	0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0	
21	Konsolidierter Genehmigungsbescheid	60	0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0	
22	Absehen Verwaltungsstrafe	50	0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0	
23	Entfall Meldepflicht	60	27,6	1 656	6	360	0		0		0		0		0		0		0		0		0		0	
	Summe			1 656		360																				

Zu 352 der Beilagen **Personalausgaben/-kosten 2001**
Tabelle 12-4

Organisationseinheit	Personalausgaben 2001	Jahreszeitbedarf (min)	durchschnittliche Personal- ausgaben je VGr. und min	ATS	Personalausgaben pro Jahr je VGr.	durchschnittliche Personalkosten je VGr. und min	Personalkosten pro Jahr je VGr.
Gesamt	A1	763 408,0	7,4	ATS	5 649 219,2	9,6	7 328 716,8
BH		705 540,0	7,4		5 220 996,0	9,6	6 773 184,0
LH		56 212,0	7,4		415 968,8	9,6	539 635,2
Minister		1 656,0	7,4		12 254,4	9,6	15 897,6
Gesamt	A2	52 290,0	4,5	ATS	235 305,0	5,9	308 511,0
BH		51 210,0	4,5		230 445,0	5,9	302 139,0
LH		720,0	4,5		3 240,0	5,9	4 248,0
Minister		360,0	4,5		1 620,0	5,9	2 124,0
Gesamt	A3	98 520,0	3,3	ATS	325 116,0	4,3	423 636,0
BH		98 520,0	3,3		325 116,0	4,3	334 968,0
LH		0,0	3,3		0,0	4,3	0,0
Minister		0,0	3,3		0,0	4,3	0,0
Gesamt	A4	14 400,0	2,6	ATS	37 440,0	3,4	48 960,0
BH		14 400,0	2,6		37 440,0	3,4	48 960,0
LH		0,0	2,6		0,0	3,4	0,0
Minister		0,0	2,6		0,0	3,4	0,0
Summe					6 247 080,2		8 109 823,8

Zu 352 der Beilagen

25

Organisationseinheit	Personalbedarf 2001	Jahreszeitbedarf (min)	Normalarbeitszeit (min)	Personalbedarf/V.Gr.	
					ATS
BH	A1	705 540,0	100 000		7,055
LH	A1	56 212,0	100 000		0,562
Minister	A1	1 656,0	100 000		0,017
BH	A2	51 210,0	100 000		0,512
LH	A2	720,0	100 000		0,007
Minister	A2	360,0	100 000		0,004
BH	A3	98 520,0	100 000		0,985
LH	A3	0,0	100 000		0,000
Minister	A3	0,0	100 000		0,000
BH	A4	14 400,0	100 000		0,144
LH	A4	0,0	100 000		0,000
Minister	A4	0,0	100 000		0,00

Zu 352 der Beilagen **Personalausgaben 2002**
Tabelle 13

Nr. LP	Leistungsprozess	Häufigkeit	Zeitbedarf/ LP		Zeitbedarf		Zeitbedarf/ LP		Zeitbedarf		Zeitbedarf/ LP		Zeitbedarf		Ausgaben		Ausgaben		Ausgaben		
			min	A1	min	A1	min	A2	min	A3	min	A3	min	A4	min	A4	ATS	A2	ATS	A3	ATS
20	Anlagenänderung	150	1 531	229 650	351	52 650	0	0	0	1 699 410	236 925	0	0	1 699 410	236 925	0	0	0	0	0	0
21	Konsolidierter Genehmigungsbescheid	90	9 626	866 340	117	10 530	1 642	147 780	240	21 600	47 385	0	0	6 410 916	47 385	487 674	56 160	0	0	0	0
22	Absehen Verwaltungsstrafe	40	246	9 840	117	4 680	0	0	0	0	21 060	0	0	72 816	21 060	0	0	0	0	0	0
23	Entfall Meldepflicht	90	340,8	30 672	72	6 480	0	0	0	0	29 160	0	0	226 973	29 160	0	0	0	0	0	0
	Summe			1 136 502		74 340		147 780		21 600	334 530		8 410 115	334 530	487 674	56 160					

Zu 352 der Beilagen

27

BH 2002
Tabelle 13-1

Nr. LP	Leistungsprozess	Häufigkeit	Zeitbedarf/ LP		Zeitbedarf		Zeitbedarf/ LP		Zeitbedarf		Zeitbedarf/ LP		Zeitbedarf		Ausgaben		Ausgaben		Ausgaben					
			min	A1	min	A1	min	A2	min	A3	min	A4	min	A1	min	A2	min	A3	min	A4	min	A3	min	A4
20	Anlagenänderung	150	1 002	150 300	351	52 650	0	0	0	1 112 220	236 925	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
21	Konsolidierter Genehmigungsbescheid	90	9 626	866 340	117	10 530	1 642	147 780	240	21 600	6 410 916	47 385	487 674	56 160	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
22	Absehen Verwaltungsstrafe	40	246	9 840	117	4 680	0	0	0	72 816	21 060	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
23	Entfall Meldepflicht	90	258	23 220	54	4 860	0	0	0	171 828	21 870	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Summe			1 049 700		72 720		147 780		21 600	7 767 780	327 240	487 674	56 160										

Zu 352 der Beilagen
LH 2002
Tabelle 13-2

Nr. LP	Leistungsprozess	Häufigkeit	Zeitbedarf/ LP		Zeitbedarf		Zeitbedarf/ LP		Zeitbedarf		Ausgaben		Ausgaben		Ausgaben	
			min	A1	min	A1	min	A3	min	A4	ATS	A2	ATS	A3	ATS	A4
20	Anlagenänderung	150	529	79 350	0	0	0	0	0	0	587 190	0	0			
21	Konsolidierter Genehmigungsbescheid	90	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0			
22	Absehen Verwaltungsstrafe	40	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0			
23	Entfall Meldepflicht	90	55,2	4 968	12	1 080	0	0	0	0	36 763	4 860	0			
	Summe			84 318		1 080					623 953	4 860	4 860			

30

Zu 352 der Beilagen

29

Minister 2002
Tabelle 13-3

Nr. LP	Leistungsprozess	Häufigkeit	Zeitbedarf/ LP		Zeitbedarf		Zeitbedarf/ LP		Zeitbedarf		Ausgaben		Ausgaben		Ausgaben		
			min	A1	min	A1	min	A2	min	A3	min	A1	min	A2	min	A3	min
20	Anlagenänderung	150	0				0										
21	Konsolidierter Genehmigungsbescheid	90	0				0										
22	Absehen Verwaltungsstrafe	40	0				0										
23	Entfall Meldepflicht	90	27,6	2 484	6	540	0	0	0	0	0	18 382	2 430				
	Summe			2 484		540						18 382	2 430				

Zu 352 der Beilagen **Personalausgaben/-kosten 2002**
Tabelle 13-4

Organisationseinheit	Personalausgaben 2002	Jahreszeitbedarf (min)	durchschnittliche Personal- ausgaben je VGr. und min	ATS	Personalausgaben pro Jahr je VGr.	durchschnittliche Personalkosten je VGr. und min	Personalkosten pro Jahr je VGr.
Gesamt	A1	1 136 502,0	7,4	ATS	8 410 114,8	9,6	10 910 419,2
BH		1 049 700,0	7,4		7 767 780,0	9,6	10 077 120,0
LH		84 318,0	7,4		623 953,2	9,6	809 452,8
Minister		2 484,0	7,4		18 381,6	9,6	23 846,4
Gesamt	A2	74 340,0	4,5	ATS	334 530,0	5,9	438 606,0
BH		72 720,0	4,5		327 240,0	5,9	429 048,0
LH		1 080,0	4,5		4 860,0	5,9	6 372,0
Minister		540,0	4,5		2 430,0	5,9	3 186,0
Gesamt	A3	147 780,0	3,3	ATS	487 674,0	4,3	635 454,0
BH		147 780,0	3,3		487 674,0	4,3	635 454,0
LH		0,0	3,3		0,0	4,3	0,0
Minister		0,0	3,3		0,0	4,3	0,0
Gesamt	A4	21 600,0	2,6	ATS	56 160,0	3,4	73 440,0
BH		21 600,0	2,6		56 160,0	3,4	73 440,0
LH		0,0	2,6		0,0	3,4	0,0
Minister		0,0	2,6		0,0	3,4	0,0
Summe					9 288 478,8		12 057 919,2

Zu 352 der Beilagen

31

Organisationseinheit	Personalbedarf 2002	Jahreszeitbedarf (min)	Normalarbeitszeit (min)	Personalbedarf/V.Gr.	
				ATS	
BH	A1	1 049 700,0	100 000	10,497	
LH	A1	84 318,0	100 000	0,843	
Minister	A1	2 484,0	100 000	0,025	
BH	A2	72 720,0	100 000	0,727	
LH	A2	1 080,0	100 000	0,011	
Minister	A2	540,0	100 000	0,005	
BH	A3	147 780,0	100 000	1,478	
LH	A3	0,0	100 000	0,000	
Minister	A3	0,0	100 000	0,000	
BH	A4	21 600,0	100 000	0,216	
LH	A4	0,0	100 000	0,000	
Minister	A4	0,0	100 000	0,000	

Zu 352 der Beilagen

33

BH 2003
Tabelle 14-1

Nr. LP	Leistungsprozess	Häufigkeit	Zeitbedarf/ LP		Zeitbedarf		Zeitbedarf/ LP		Zeitbedarf		Zeitbedarf/ LP		Zeitbedarf		Ausgaben		Ausgaben		Ausgaben		
			min	A1	min	A1	min	A2	min	A3	min	A3	min	A4	min	A1	min	A2	min	A2	min
20	Anlagenänderung	130	1 002	130 260	351	45 630	0	0	0	0	0	0	0	0	963 924	205 335	0	0	0	0	
21	Konsolidierter Genehmigungsbescheid	90	9 626	866 340	117	10 530	1 642	147 780	240	21 600	6 410 916	47 385	487 674	56 160							
22	Absehen Verwaltungsstrafe	30	246	7 380	117	3 510	0	0	0	0	54 612	15 795	0	0							
23	Entfall Meldepflicht	30	258	7 740	54	1 620	0	0	0	0	57 276	7 290	0	0							
	Summe			1 011 720		61 290		147 780		21 600	7 486 728	275 805	487 674	56 160							

Zu 352 der Beilagen **LH 2003**
Tabelle 14-2

36

Nr. LP	Leistungsprozess	Häufigkeit	Zeitbedarf/ LP		Zeitbedarf		Zeitbedarf/ LP		Zeitbedarf		Ausgaben		Ausgaben		Ausgaben		
			min	A1	min	A1	min	A2	min	A3	min	A1	ATS	A2	ATS	A3	ATS
20	Anlagenänderung	130	529	68 770	0	0	0	0	0	0	0	508 898	0	0			
21	Konsolidierter Genehmigungsbescheid	90	0	0	0	0	0	0	0	0	0		0	0			
22	Absehen Verwaltungsstrafe	30	0	0	0	0	0	0	0	0	0		0	0			
23	Entfall Meldepflicht	30	55,2	1 656	12	360	0	0	0	0	0	12 254	1 620	0			
	Summe			70 426		360						521 152	1 620	1 620			

Zu 352 der Beilagen

35

Minister 2003
Tabelle 14-3

Nr. LP	Leistungsprozess	Häufigkeit	Zeitbedarf/ LP		Zeitbedarf		Zeitbedarf/ LP		Zeitbedarf		Ausgaben		Ausgaben		Ausgaben			
			min	A1	min	A1	min	A2	min	A3	min	A1	ATS	A2	ATS	A3	ATS	A4
20	Anlagenänderung	130	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
21	Konsolidierter Genehmigungsbescheid	90	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
22	Absehen Verwaltungsstrafe	30	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
23	Entfall Meldepflicht	30	27,6	828	6	180	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Summe			828		180							6 127		810			

Zu 352 der Beilagen **Personalausgaben/-kosten 2003**
Tabelle 14-4

Organisationseinheit	Personalausgaben 2003	Jahreszeitbedarf (min)	durchschnittliche Personal- ausgaben je VGr. und min	ATS	Personalausgaben pro Jahr je VGr.	durchschnittliche Personalkosten je VGr. und min	Personalkosten pro Jahr je VGr.
Gesamt	A1	1 082 974,0	7,4	ATS	8 014 007,6	9,6	10 396 550,4
BH		1 011 720,0	7,4		7 486 728,0	9,6	9 712 512,0
LH		70 426,0	7,4		521 152,4	9,6	676 089,6
Minister		828,0	7,4		6 127,2	9,6	7 948,8
Gesamt	A2	61 830,0	4,5	ATS	278 235,0	5,9	364 797,0
BH		61 290,0	4,5		275 805,0	5,9	361 611,0
LH		360,0	4,5		1 620,0	5,9	2 124,0
Minister		180,0	4,5		810,0	5,9	1 062,0
Gesamt	A3	147 780,0	3,3	ATS	487 674,0	4,3	635 454,0
BH		147 780,0	3,3		487 674,0	4,3	635 454,0
LH		0,0	3,3		0,0	4,3	0,0
Minister		0,0	3,3		0,0	4,3	0,0
Gesamt	A4	21 600,0	2,6	ATS	56 160,0	3,4	73 440,0
BH		21 600,0	2,6		56 160,0	3,4	73 440,0
LH		0,0	2,6		0,0	3,4	0,0
Minister		0,0	2,6		0,0	3,4	0,0
Summe					8 836 077		11 470 241

Zu 352 der Beilagen

37

Organisationseinheit	Personalbedarf 2003	Jahreszeitbedarf (min)	Normalarbeitszeit (min)	Personalbedarf/V.Gr. ATS
BH	A1	1 011 720,0	100 000	10,117
LH	A1	70 426,0	100 000	0,704
Minister	A1	828,0	100 000	0,008
BH	A2	61 290,0	100 000	0,613
LH	A2	360,0	100 000	0,004
Minister	A2	180,0	100 000	0,002
BH	A3	147 780,0	100 000	1,478
LH	A3	0,0	100 000	0,000
Minister	A3	0,0	100 000	0,000
BH	A4	21 600,0	100 000	0,216
LH	A4	0	100 000	0,000
Minister	A4	0	100 000	0,000

Zu 352 der Beilagen **Raumkosten**
Tabelle 15

Organisationseinheit	Standort	Jahr	Personalbedarf A1	Personalbedarf A2	Personalbedarf A3	Personalbedarf A4	Gesamtpersonal- bedarf	Raum- bedarf/Bed	Kalkulierte Miete (ATS/m ²)	personalabhängige Raumkosten (ATS)
BH		2001	7,055	0,512	0,985	0,144	8,697	14	111	162 176
BH		2002	10,497	0,727	1,478	0,216	12,918	14	111	240 895
BH		2003	10,117	0,613	1,478	0,216	12,424	14	111	231 681
LH		2001	0,562	0,007	0,000	0,000	0,569	14	111	10 617
LH		2002	0,843	0,011	0,000	0,000	0,854	14	111	15 925
LH		2003	0,704	0,004	0,000	0,000	0,708	14	111	13 200
Minister		2001	0,017	0,004	0,000	0,000	0,020	14	150	508
Minister		2002	0,025	0,005	0,000	0,000	0,030	14	150	762
Minister		2003	0,008	0,002	0,000	0,000	0,010	14	150	254

Zu 352 der Beilagen

39

Kosten (brutto) gesamt
Tabelle 16

Organisationseinheit	Bezeichnung	Kosten 2001 in ATS	Kosten 2002 in ATS	Kosten 2003 in ATS
----------------------	-------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------

42

Zu 352 der Beilagen

BH	Personalkosten A1	6 773 184	10 077 1
BH	Personalkosten A2	302 139	429 0
BH	Personalkosten A3	334 968	635 4
BH	Personalkosten A4	48 960	73 4
BH	Kosten für Raumbedarf	162 176	240 8
BH	Sachkosten und Verwaltungsgemeinkosten	2 386 960	3 588 8
Summe		10 008 387	15 044 7
LH	Personalkosten A1	539 635	809 4
LH	Personalkosten A2	4 248	6 3
LH	Personalkosten A3	0	
LH	Personalkosten A4	0	
LH	Kosten für Raumbedarf	10 617	15 9
LH	Sachkosten und Verwaltungsgemeinkosten	174 043	261 0
Summe		728 543	1 092 8
Minister	Personalkosten A1	15 898	23 8
Minister	Personalkosten A2	2 124	3 1
Minister	Personalkosten A3	0	
Minister	Personalkosten A4	0	
Minister	Kosten für Raumbedarf	508	7
Minister	Sachkosten und Verwaltungsgemeinkosten	5 767	8 6
Summe		24 297	36 4
Gesamtkosten brutto		10 761 226	16 174 0
Minderkosten			
Gesamtkosten netto			